

Pressekonferenz, 7. Oktober 2013, Berlin

Auftrieb mit wenig Rückenwind – IW-Konjunkturprognose Herbst 2013

Statement

Prof. Dr. Michael Hüther
Direktor
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Es gilt das gesprochene Wort

Hinweis: Den Volltext zur Prognose finden Sie ab dem 7. Oktober 2013
um 10:30 Uhr auf der IW-Homepage:
<http://www.iwkoeln.de/de/studien/iw-trends>

Aufschwung bleibt ohne Schwung

Nach der Bundestagswahl in Deutschland im September 2013 entstand zunächst keine zusätzliche konjunkturelle Verunsicherung. Das Wahlergebnis hat *erstens* deutlich zum Ausdruck gebracht, dass die überwältigende Mehrheit der Deutschen die bisherige *Europapolitik* trägt. Dies sollte die Erwartungen stabilisieren und die Reformanstrengungen in den Krisenländern bekräftigen. *Zweitens* besteht ein klares *Votum gegen Steuererhöhungen* und gegen einen Wechsel hin zu einer laxen Finanzpolitik und zu einer extensiven Umverteilungspolitik. Dies sollte den Investitionsstandort Deutschland begünstigen. Allerdings bleibt abzuwarten, ob im Zug der möglicherweise schwierigen Regierungsbildung das Wählervotum gegen Steuererhöhungen und für Ausgabendisziplin umgesetzt wird. Der Poker um die Regierungsbildung lässt bisher nicht erkennen, dass es nun – anders als im Wahlkampf – um die großen Herausforderungen unseres Landes gehen soll.

Die deutsche Wirtschaft durchlebte nach dem Durchhänger im Jahr 2012 zunächst einen schlechten Start in das Jahr 2013. Ein schwacher Außenhandel und die schon seit geraumer Zeit rückläufigen Investitionen können dies erklären. Die globalen Perspektiven haben sich zuletzt wieder aufgehellt. Der früher gewohnte Schwung wird der Weltwirtschaft jedoch fehlen. Wegen der schlechteren preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wird ihr Außenhandel auch im Weiteren nur moderat zulegen. Die

Investitionstätigkeit zieht hierzulande wieder an, aber nur, wenn sich die steuerpolitischen Rahmenbedingungen nicht verschlechtern. Der robuste Arbeitsmarkt wird die Konsumkonjunktur anhaltend anregen. Der Konsum stabilisiert aber mehr als er stimuliert. Vor diesem Hintergrund wird die deutsche Wirtschaft auf einen anhaltenden Erholungspfad einschwenken. Dieser wird allerdings nicht steil ansteigen. Aufgrund des schlechten Winterhalbjahres 2012/2013 wird das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2013 nur um gut ½ Prozent wachsen. Für das Jahr 2014 wird ein Wirtschaftswachstum von knapp 1 ½ Prozent erwartet. Damit wurde die Prognose des IW Köln im Vergleich zum Frühjahr 2013 leicht nach unten korrigiert.

Flächendeckender Dämpfer

Im Blick zurück und nach vorn zeichnet die deutsche Wirtschaft den Verlauf der Weltwirtschaft nach:

In *Europa kam es zu einer breiten Rezession*. Dabei brach die Wirtschaftsleistung nicht nur in den Krisenländern des Euroraums – Griechenland, Portugal, Spanien und Irland – ein. Auch in anderen europäischen Ländern innerhalb und außerhalb des gemeinsamen Währungsraums ging das reale BIP zurück oder kam kaum von der Stelle. Die Anpassungslasten infolge der Staatsschulden- und Bankenprobleme haben sich flächendeckend in den Wirtschaftsbilanzen der europäischen Länder niedergeschlagen. Sie haben vor allem die Investitionstätigkeit lahmgelegt. Diese Breitenwirkung

zeigt zum einen, dass Struktur- und Anpassungsprobleme in einer Vielzahl von europäischen Ländern bestehen. Zum anderen spiegelt dies auch die wirtschaftliche Verflochtenheit unter den europäischen Volkswirtschaften wider.

Zugleich waren im vergangenen Jahr markante *Bremswirkungen in den Schwellenländern* zu verzeichnen. Nicht nur in den großen aufstrebenden Volkswirtschaften China, Indien, Russland und Brasilien kam es zu einer langsameren Gangart. Auch eine Reihe von weiteren wichtigen Schwellenländern – zum Beispiel Mexiko, Thailand oder die Türkei – haben an Expansionstempo eingebüßt:

- Zum Ersten hatte die Schwäche in den fortgeschrittenen Ländern Rückwirkungen auf die aufstrebenden Länder. Dies zeigt sich am deutlich abgeflachten Welthandel.
- Zum Zweiten wurden die schon seit geraumer Zeit latent vorhandenen Strukturprobleme in einer Reihe von wichtigen Schwellenländern stärker sichtbar. In China sind beispielsweise die vergleichsweise hohe Exportlastigkeit und sektorale Überkapazitäten zu nennen. Russland ist immer noch stark von der globalen Rohstoffnachfrage abhängig. In Indien spielt die Staatsnachfrage eine verhältnismäßig große Rolle im gesamtwirtschaftlichen Leben.
- Zum Dritten entstand auch eine übermäßig hohe Vorsicht vor abrupten Kapitalabflüssen. Die Andeutungen einer Abkehr der US-Notenbank von ihrer überreichlichen Geldmengenexpansion schürten die Befürchtungen vor

Zinserhöhungen und Kapitalströmen weg von den aufstrebenden Ländern. In diesem Umfeld kam es bereits zu heftigen Bewegungen an den Währungsmärkten.

Die *geopolitische Lage* hatte in den vergangenen Quartalen für zusätzliche Vorsicht gesorgt. Vor allem im Nahen Osten und in Nordafrika besteht weiterhin eine vergleichsweise hohe politische Unsicherheit. Der Atomstreit mit dem Iran hielt an. Die politische Lage in Ägypten verschlechterte sich zeitweise erheblich. Und nicht zuletzt verschärfte sich die Situation in Syrien. Zeitweise schlugen sich diese Entwicklungen auch kurzfristig an den Ölmärkten nieder. Gleichwohl waren die bisherigen Auswirkungen dort vergleichsweise gering. Auch die Unruhen in Brasilien führten deutlich vor Augen, dass die wirtschaftliche Entwicklung in den aufstrebenden Ländern kein Selbstläufer ist. Unklar ist derzeit, welche Folgen die globalen Governance-Probleme (Budgetstreit in den USA, Regierungskrise in Italien, politische Instabilität in China, Indien und Brasilien) für die weltwirtschaftliche Dynamik haben werden. Ein Impuls für mehr Dynamik und gegen Investitionszurückhaltung ist dies freilich nicht.

Weltwirtschaft ohne Phantasie

Diese Entwicklungen haben zu einer deutlich ruhigeren Gangart der Weltwirtschaft beigetragen. Vor allem haben sie die Investitionsanreize in vielen Ländern – trotz niedriger Zentralbankzinsen – vermindert. Die weiteren Perspektiven

haben sich – unter den genannten Vorbehalten – allerdings in den vergangenen Monaten wieder aufgehellt:

- Die wirtschaftliche Krise hat sich in den europäischen Ländern im Jahresverlauf 2013 nicht weiter verschärft. Vielmehr ist erfreulich, dass in einer Reihe von Ländern die Talsohle erreicht und auch die Trendwende eingeleitet wurde. Allerdings ist es vor allem in den Krisenländern noch ein weiter Weg hin zu einer Normalauslastung. Die erschreckend hohe Arbeitslosigkeit spiegelt dies wider.
- Die Entwicklung in den USA und Japan wird im weiteren Betrachtungszeitraum aufwärtsgerichtet bleiben. Die Erholung an den Arbeitsmärkten trägt hierzu bei. Die Bürde der hohen Schuldenberge lastet aber weiter auf diesen großen Volkswirtschaften.
- Die Schwellenländer bleiben auf Wachstumskurs, allein schon als eine Folge ihrer wachsenden Bevölkerungen und der damit einhergehenden Wirtschaftsimpulse auf der Angebots- und Nachfrageseite. Allerdings wird das Expansionstempo derzeit und auch künftig schwächer ausfallen als in der vergangenen Dekade. Eine Reihe von Strukturproblemen – zum Beispiel auf den Güter- und Arbeitsmärkten durch einen vergleichsweise hohen Staatseinfluss – schlagen sich in einem flacher verlaufenden Produktivitätspfad nieder.

Die Weltwirtschaft wird weiterhin mit einem vergleichsweise moderaten Tempo expandieren. Nach den Rückgängen in

den Jahren 2012 und 2013 werden sich die wirtschaftlichen Aktivitäten in Europa im kommenden Jahr leicht beleben. In den Schwellen- und Entwicklungsländern ist eine leichte Beschleunigung des Wachstumstempos zu erwarten. Im Jahr 2013 wird die reale Weltproduktion um 3 Prozent zulegen und im Jahr 2014 um 3 ½ Prozent. Beim preisbereinigten Welthandel wird für das Jahr 2013 ein Zuwachs von 2 ½ Prozent und für das kommende Jahr ein Plus von 4 ¼ Prozent prognostiziert.

Verhaltener Auftrieb beim Außenhandel

Mit Blick auf diese globalen Rahmenbedingungen wird für die deutsche Wirtschaft im gesamten Prognosezeitraum eine eher verhaltene Entwicklung ihrer Außenwirtschaftsaktivitäten erwartet. Diese werden im Verlauf des zweiten Halbjahres 2013 und des Jahres 2014 wieder leicht an Dynamik gewinnen. Die realen Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen werden im Jahr 2013 nahezu auf der Stelle treten, was zum Teil auch am statistischen Unterhang liegt. Gegenüber dem Vorjahr wird ein Plus in Höhe von ½ Prozent erwirtschaftet. Angesichts der moderaten Gangart der Weltwirtschaft und der verschlechterten preislichen Wettbewerbsfähigkeit wird für das Jahr 2014 ein Exportwachstum von 3 ½ Prozent prognostiziert. Die preisbereinigten Importe von Waren und Dienstleistungen werden im Jahr 2013 um ½ Prozent ansteigen. Im Jahr 2014 werden die Importe um 3 ½ Prozent zulegen. Damit bremst der Außenbeitrag im Jahr 2013 das Wirtschaftswachstum in Deutschland leicht ab. Für das kom-

mende Jahr wird ein Wachstumsbeitrag von knapp $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt erwartet. Diese moderaten Aussichten basieren auf den folgenden Einflussfaktoren:

1. In *regionaler Hinsicht* werden die deutschen Warenausfuhren auch weiterhin mit zwei Geschwindigkeiten fahren. Die kräftigsten Impulse werden von den Ländern kommen, die nicht zum Euroraum gehören. Gleichwohl zeigen sich leichte Auftriebstendenzen auch aus den Ländern des Euroraums. Die dort schwach bleibende Investitionsnachfrage dämpft jedoch die deutschen Exportaussichten.
2. Die *preisliche Wettbewerbsfähigkeit* der deutschen Wirtschaft hat sich verschlechtert. Dies wird sich im Prognosezeitraum kaum richten lassen. Zum einen hat der Euro binnen Jahresfrist deutlich aufgewertet. Preisbereinigt war gegenüber den Haupthandelsländern eine Aufwertung von 6 Prozent zu verzeichnen. Für den weiteren Prognosezeitraum werden zum Teil leichte Korrekturen dieser Wechselkursbewegungen gesehen. Gegenüber dem US-Dollar wird weiterhin von einer Bandbreite in Höhe von 1,25 bis 1,35 US-Dollar je Euro ausgegangen. Zum anderen erschwert die inländische Kostenentwicklung das Ausfuhrgeschäft. Die Lohnstückkosten stiegen in den vergangenen beiden Jahren deutlich an. Nicht zuletzt schafft die Entwicklung der heimischen Energiekosten Wettbewerbsnachteile für die deutsche Wirtschaft.

Zögerliche Erholung der Investitionen

Die wirtschaftliche Abkühlung in Deutschland in den vergangenen beiden Jahren machte sich hauptsächlich bei der Investitionstätigkeit bemerkbar. Vor allem die Ausrüstungsinvestitionen – und dabei besonders die Investitionen in neue Fahrzeuge – wurden in starkem Maß beeinträchtigt. Infolge dieser Entwicklung lag der Anteil der Ausrüstungsinvestitionen am BIP zuletzt mit gut 6 Prozent auf dem niedrigsten Wert seit 1991. Offensichtlich schlugen sich die Verunsicherungen durch die Staatsschulden- und Wirtschaftskrise in Europa in einem außergewöhnlichen Umfang in der Investitionsneigung der Unternehmen nieder. Dies spiegelt sich auch in den letzten Konjunkturumfragen des IW Köln wider.

Der Investitionsrückgang setzte sich im zweiten Quartal 2013 allerdings nicht fort. Wir erwarten, dass damit die Wende bei den Ausrüstungsinvestitionen vollzogen wurde:

1. Die Aufhellung des *Geschäftsklimas* wird auch die Investitionsneigung der Unternehmen begünstigen. Die weiterhin moderaten Perspektiven für die Weltwirtschaft halten allerdings die Investitionsanreize in Deutschland im Zaum.
2. Die *Kapazitätsauslastung* in der Industrie ist zuletzt wieder angestiegen. Der Auslastungsgrad lag im Sommer 2013 fast wieder auf dem Niveau des langjährigen Durchschnitts. Damit öffnen die Unternehmen auch wieder den Blick für Kapazitätserweiterungen.

3. Die *Finanzierungsbedingungen* in Deutschland sind und bleiben gut. Die Kreditvergabe und die Höhe der Finanzierungskosten stellen für die Unternehmen kein Investitionshindernis dar. Selbst ein leichter Anstieg der investitionsrelevanten Zinsen bedeutet keine merkliche Verschlechterung der Investitionsbedingungen. Außerdem nutzen die Unternehmen stärker als früher Eigenmittel, um von Außenfinanzierungen unabhängiger zu sein.
4. Das *Bundestagswahlergebnis* vom 22. September 2013 war ein klares Votum gegen Steuererhöhungen. Die möglicherweise schwierige Regierungsbildung lässt dennoch wirtschafts- und steuerpolitische Risiken offen.

Vor diesem Hintergrund werden die realen Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2013 um 2 ½ Prozent unter dem Vorjahreswert liegen. Dabei ist auch der Unterhang in Höhe von 1,5 Prozent zu berücksichtigen. Im weiteren Jahresverlauf 2013 steigen die Ausrüstungsinvestitionen sachte an. Der Auftrieb wird sich im kommenden Jahr leicht beschleunigen, sodass im Jahresdurchschnitt 2014 die realen Ausrüstungsinvestitionen um 3 ½ Prozent über dem Vorjahresniveau liegen werden. Damit wird zum Jahresende 2014 fast wieder das Investitionsvolumen des Jahres 2011 erreicht.

Heftige Bewegungen am Bau

Nach dem vergleichsweise schlechten Ergebnis für das Jahr 2012 war bei den Bauinvestitionen im ersten Halbjahr 2013 ein weiterer Einbruch zu verzeichnen. Dabei muss allerdings

der erhebliche witterungsbedingte Einfluss im ersten Quartal 2013 gesehen werden, der vor allem dem öffentlichen Bau heftig zusetzte. Unabhängig von diesen starken Wintereffekten zeigten sich in den drei großen Bausparten nach wie vor deutliche Divergenzen, die sich im weiteren Prognosezeitraum allerdings zurückbilden werden:

1. Der *private Wohnungsbau* wird auch weiterhin von günstigen Finanzierungsbedingungen, dem relativ hohen Energiepreisniveau und den verbleibenden Verunsicherungen an den Finanzmärkten gestärkt.
2. Mit der allmählichen Verbesserung des unternehmerischen Investitionsklimas werden positive Impulse beim *Gewerbebau* erwartet.
3. Nach den auslaufenden Konjunkturprogrammen brach der *öffentliche Bau* ein. Regional starke Impulse sind in diesem und im kommenden Jahr infolge der Hochwasserkatastrophe, die im Frühsommer Teile Bayerns und Ostdeutschlands in Mitleidenschaft zog, zu erwarten.

Aufgrund des schlechten Starts werden die realen Bauinvestitionen im Jahr 2013 das Vorjahresergebnis um gut ½ Prozent unterschreiten. Für das Jahr 2014 wird ein deutlicher Zuwachs erwartet. Er ergibt sich zum einen aus einem merklichen Überhang aus dem Vorjahr und zum anderen aus der ungebremsten Dynamik im Wohnungsbau. Unterstützend wirkt der Gewerbebau. Die gesamten realen Bauinvestitionen steigen im Jahr 2014 um 2 ½ Prozent an.

Arbeitsmarkt bleibt robust

Trotz der verhaltenen Dynamik des BIP legt die Erwerbstätigkeit in Deutschland weiter zu. Zur Jahresmitte 2013 überschritt die Anzahl der Erwerbstätigen den Vorjahreswert um rund 200.000 Personen. Dies erklärt sich zum einen aus dem kräftigen Überhang aus dem Vorjahr in der Höhe von fast 130.000 Erwerbstätigen. Zum anderen kann davon ausgegangen werden, dass die Betriebe vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels Arbeitnehmer über das eigentlich erforderliche Maß hinaus halten.

Im Gegensatz zur Entwicklung der Erwerbstätigkeit signalisiert die der Arbeitslosigkeit eine nachlassende Arbeitsmarktdynamik. Die Anzahl der Arbeitslosen lag im August 2013 um rund 40.000 Personen höher als im Vorjahr. Die gegenüber der Arbeitslosigkeit größere und umgekehrte Dynamik der Erwerbstätigkeit resultiert aus der Vergrößerung des Arbeitskräfteangebots, was auf die steigende Erwerbsbeteiligung, besonders bei Frauen und Älteren, und auf die höhere Nettozuwanderung zurückzuführen ist.

Im gesamten Jahr 2013 wird die Erwerbstätigkeit im Jahresdurchschnitt um gut 200.000 Personen zunehmen. Dank eines vergleichsweise hohen Vollzeitanteils an den neu entstandenen Arbeitsplätzen und einer leicht steigenden Arbeitszeit sowohl bei der Vollzeit- als auch bei der Teilzeitbeschäftigung erhöht sich das Arbeitsvolumen um ½ Prozent. Die Anzahl der Arbeitslosen wird hingegen nicht unter den

Vorjahresstand sinken, sondern leicht um rund 30.000 Personen zunehmen. Sie bleibt damit auf dem niedrigsten Niveau seit 1991. Mit der höheren wirtschaftlichen Dynamik ist im kommenden Jahr wieder mit einer stärkeren Arbeitskräftenachfrage zu rechnen. Die Anzahl der Erwerbstätigen wird im Jahresdurchschnitt 2014 den Vorjahreswert um ½ Prozent oder um gut 200.000 Personen übertreffen. Aufgrund der weiterhin hohen Nettozuwanderung wird die Anzahl der Arbeitslosen auch im nächsten Jahr nicht nennenswert sinken. Im Jahresdurchschnitt 2014 beträgt die Arbeitslosenquote in Deutschland 6 ½ Prozent.

Träge Impulse vom Konsum

Die Konsumbilanz in Deutschland fällt für das erste Halbjahr 2013 bescheiden aus. Im Vergleich mit dem entsprechenden Vorjahreszeitraum wurde auf Basis preisbereinigter Werte lediglich ein Zuwachs in Höhe von 0,3 Prozent erzielt. Die Beschäftigung legte zwar zu, aber nur noch halb so stark wie im Vorjahr. Auch die Lohndynamik hat konjunkturbedingt an Schwung verloren, wobei die nominalen Arbeitsentgelte das Vorjahresergebnis um 2,8 Prozent übertrafen. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen haben zudem die Entwicklung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte weniger unterstützt als im Vorjahr. Schließlich war die Teuerung mit 1,7 Prozent gemessen am Deflator des Privaten Konsums leicht höher als zuvor.

Die folgenden Faktoren werden den privaten Konsum im Prognosezeitraum bestimmen:

1. Der Arbeitsmarkt wird die Konsumkonjunktur weiter unterstützen. Das Gleiche gilt für die Lohnentwicklung, sofern sie den Verteilungsspielraum nicht verlässt und die Beschäftigung nicht gefährdet.
2. In der Prognose wird von einem unveränderten Beitrags- und Steuerrecht ausgegangen.
3. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen werden sich allmählich erholen.
4. Die Sparquote der privaten Haushalte wird zunächst auf dem derzeit niedrigen Niveau von gut 10 Prozent bleiben, sie wird allmählich aber wieder etwas ansteigen.
5. Für das Jahr 2013 wird ein Anstieg der Verbraucherpreise von $1\frac{3}{4}$ Prozent erwartet und für das kommende Jahr eine Teuerung von knapp 2 Prozent.

Auf Basis dieser Einflussfaktoren wird der reale Konsum der privaten Haushalte in Deutschland im Jahr 2013 um gut $\frac{1}{2}$ Prozent zulegen. Er wirkt damit mehr stabilisierend als stimulierend für die Inlandsnachfrage. Mit weiterer Unterstützung vom Arbeitsmarkt und den sich erholenden Vermögenseinkommen wird der Konsum im kommenden Jahr wieder etwas stärker expandieren. Das Vorjahresergebnis wird um knapp 1 Prozent übertroffen.

Gute Entwicklung der öffentlichen Haushalte

Im Jahr 2013 verlangsamt sich das *Wachstum der Steuereinnahmen* im Vergleich zu den Vorjahren. Es bleibt mit einem Zuwachs von 3 Prozent aber noch recht deutlich über dem Wachstum des nominalen BIP. Dies liegt an der anhaltend guten Beschäftigungsentwicklung. Durch die gedämpfte Weltkonjunktur entwickelt sich das Aufkommen der Unternehmenssteuern aber unterdurchschnittlich. Der Zuwachs bei den Einnahmen aus Sozialversicherungsbeiträgen fällt wegen der Senkung des Beitragssatzes zur Gesetzlichen Rentenversicherung schwächer aus. Damit legen die Gesamteinnahmen im Jahr 2013 um 2 ½ Prozent zu.

Mit einem Zuwachs von gut 3 Prozent beschleunigt sich das *Wachstum der Staatsausgaben* im Jahr 2013 erheblich. Dies ist zu einem guten Teil der Bekämpfung der Hochwasserschäden infolge der Flutkatastrophe im Frühsommer 2013 geschuldet. Ohne diese Sonderlast würden die öffentlichen Haushalte in diesem Jahr mit einem ausgeglichenen Ergebnis abschneiden.

Für 2014 wird von einer fortschreitenden Erholung des weltwirtschaftlichen Umfelds und der deutschen Konjunktur ausgegangen. Damit zieht das Wachstum der staatlichen Einnahmen wieder auf mehr als 3 Prozent an. Dies betrifft sowohl die Steuern als auch die Einnahmen aus Sozialbeiträgen bei annahmegemäß unveränderten Beitragssätzen. Gleichzeitig geht das Wachstum der Ausgaben auf gut

1 ¼ Prozent zurück. Hier wirkt sich aus, dass die Ausgaben infolge der Flutkatastrophe vollständig in 2013 verbucht werden. Insgesamt wird der deutsche Staat 2014 einen Überschuss von 15 Milliarden Euro oder rund einem ½ Prozent des BIP erwirtschaften.

In dieser Prognose wurden politische Beschlüsse, die sich aus der Regierungsbildung ergeben können, nicht berücksichtigt. Es wird von unveränderten Beitragssätzen zur gesetzlichen Sozialversicherung und einem unveränderten Steuerrecht ausgegangen. Auch die möglichen Folgen der Eurokrise, ob und in welcher Höhe Garantien aus dem Euro-Rettungsschirm in Anspruch genommen werden, werden nicht prognostiziert.

Verlässlicher Rahmen für Investitionen

Die Achillesferse der Konjunktur und der mittelfristigen Wachstumsperspektiven der deutschen Wirtschaft sind die Investitionen. Auf mittlere und längere Sicht kann das reale BIP nicht schneller wachsen als das Produktionspotenzial, dessen Entwicklung wiederum maßgeblich von den unternehmerischen Investitionen in die Produktionskapazitäten und vom Staat in die Infrastruktur und Bildung bestimmt wird. Durch die Reformen der letzten Jahre, in besonderem Maß durch die Agenda 2010, konnte die Potenzialwachstumsrate um etwa einen ½ Prozentpunkt auf rund 1 ½ Prozent gesteigert werden. Vor allem bedingt durch die schwache Investitionstätigkeit der letzten Jahre, verbunden mit einem zuneh-

menden Fachkräfteengpass, dürfte die Potenzialwachstumsrate wieder gesunken sein. Für die nächsten Jahre wird nur noch ein Potenzialpfad von gut 1 Prozent erwartet.

Trotz der seit längerer Zeit sehr günstigen Finanzierungsbedingungen befanden sich die Investitionen über sechs Quartale im Rückwärtsgang. Nicht nur die Unternehmen investieren derzeit vorsichtig, auch der Staat hält sich zurück. Schon seit 2003 investiert der Staat nicht einmal mehr die Abschreibungen auf seinen Kapitalstock, sodass die Nettoinvestitionen seither negativ sind. Zwar attestieren internationale Analysen zur Wettbewerbsfähigkeit und Standortqualität Deutschland nach wie vor vergleichsweise gute Noten bei der Ausstattung mit Infrastruktur. Die im internationalen Vergleich niedrige Investitionsquote bewirkt jedoch eine schleichende Erosion eines zentralen Wettbewerbsvorteils.

An den finanziellen Rahmenbedingungen liegt es nicht. Weder ungünstige Finanzierungsbedingungen noch eine restriktive Kreditvergabe belasten derzeit die Investitionstätigkeit. Offensichtlich ist es die Unsicherheit über den wirtschaftspolitischen Kurs in Deutschland und Europa, die einer höheren Investitionsbereitschaft der Unternehmen im Weg stand. Die Erwartungen bezüglich des Erhalts des Euroraums haben sich zwar wieder stabilisiert und auch die konjunkturellen Perspektiven der Krisenländer haben sich aufgehellt. Der Ausgang der Bundestagswahl sollte mit Blick auf den Euro zu einer weiteren Erwartungsstabilisierung beitragen.

Gleichwohl bleiben erhebliche Unsicherheitsfaktoren, die das unternehmerische Investitionskalkül weiterhin belasten und einer höheren Dynamik im Weg stehen. Hier ist die neue Regierung gefordert:

- Noch zeichnet sich kein verlässliches und überzeugendes Konzept für eine versorgungssichere und mit wettbewerbsfähigen Preisen verbundene *Energiewende* ab.
- Der *Fachkräftemangel* entwickelt sich mehr und mehr zur Wachstumsbremse und treibt zudem im Wettbewerb um knappe Arbeitskräfte die Arbeitskosten in die Höhe.
- Bei der *Haushaltskonsolidierung* setzt die Politik stärker auf Einnahmeverbesserungen statt auf Ausgabendisziplin. Die Einnahmesituation der Gebietskörperschaften ist jedoch nicht prekär. Der Staat ist hierzulande nicht unterfinanziert. Es gilt vielmehr, die konsumtiven Staatsausgaben zugunsten von mehr Investitionen in die Infrastruktur, Bildung und Forschung relativ zu senken.
- Die Wähler haben bei der Bundestagswahl am 22. September 2013 den *Steuererhöhungsplänen* der Parteien eine Absage erteilt. Bei einer weiterhin günstigen Einnahmeentwicklung sollten sich mittelfristig sogar finanzpolitische Handlungsspielräume ergeben, die zur Senkung der Steuer- und Abgabenlast – vorrangig zur Abschaffung der kalten Progression – genutzt werden könnten, ohne zugleich die unerlässliche Haushaltskonsolidierung zu gefährden.

Tabelle 1

IW-Prognose für Deutschland 2013 und 2014

Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

	2012	2013	2014
Entstehung des realen BIP			
Erwerbstätige	1,1	½	½
Arbeitslosenquoten ¹⁾	6,8	6 ¾	6 ½
Arbeitsvolumen	0,2	½	½
Produktivität ²⁾	0,5	0	1
BIP	0,7	½	1 ½
Verwendung des realen BIP			
Private Konsumausgaben	0,8	½	1
Konsumausgaben des Staates	1,0	1	1
Anlageinvestitionen	-2,1	-1 ½	2 ½
- Ausrüstungen	-4,0	-2 ½	3 ½
- Sonstige Anlagen	3,4	2 ½	3
- Bauten	-1,4	-½	2 ½
Inlandsnachfrage	-0,3	¾	1 ¼
- Export	3,2	½	3 ½
- Import	1,4	½	3 ½
BIP	0,7	½	1 ½
Preisentwicklung			
Verbraucherpreise	2,0	1 ¾	2
Staatshaushalt			
Finanzierungssaldo ³⁾	0,1	- ½	½

1) Registrierte Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen.

2) Reales BIP je Erwerbstätigenstunde.

3) In Prozent des nominalen BIP.

Quellen: Statistisches Bundesamt; IW-Herbstprognose 2013

Tabelle 2

IW-Auslandsprognose

Veränderung des realen BIP gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2012	2013	2014
Deutschland	0,7	½	1 ½
Frankreich	0,0	0	¾
Italien	-2,4	-1 ¾	½
Spanien	-1,4	-1 ½	¼
Niederlande	-1,3	-1	½
Belgien	-0,3	0	1
Österreich	0,8	½	1 ½
Griechenland	-6,4	-4 ½	-1 ½
Finnland	-0,8	-½	1 ¼
Portugal	-3,2	-2	¼
Irland	0,2	0	1 ½
Euroländer ^{1) 2)}	-0,6	-½	¾
USA	2,8	1 ½	2 ½
Japan	2,0	1 ¾	1 ½
Vereinigtes Königreich	0,2	1 ¼	1 ¾
Kanada	1,7	1 ¾	2 ½
Schweiz	1,0	1 ½	1 ½
Industrieländer ^{1) 3)}	2,3	1 ½	2 ¼
Brasilien	0,9	3	4
China	7,7	7 ½	7 ½
Indien	4,1	4	5 ½
Russland	3,4	2 ¼	3
BRIC ¹⁾	5,6	5 ½	6
Weltwirtschaft	3,8	3	3 ½
Nachrichtlich: Welthandelsvolumen	2,8	2 ½	4 ¼

1) Gewicht: BIP 2012. 2) Ohne Slowakische Republik, Slowenien, Malta, Zypern, Luxemburg und Estland. 3) Gewichteter Durchschnitt der hier außerhalb des Euroraums angegebenen Industrieländer.

Quellen: IWF; Consensus Forecasts; OECD; IW-Herbstprognose 2013